

Eingang beim Lk. Friesland: 19. November 2007

Sehr geehrter Herr Landrat,

anliegend sende ich Ihnen einen Antrag der Fraktion Bündnis 90 Die Grünen.

Mit freundlichen Grüßen

Uwe Burgenger

Die Fraktion von Bündnis 90 Die Grünen stellt den Antrag, ein **Konzept zur Reduzierung der CO₂-Emissionen für Friesland** zu erstellen und die **Stelle eines Klimaschutzbeauftragten** zu schaffen und schnellstmöglich zu besetzen.

Wie gehen davon aus, dass durch die Schaffung der Stelle eines Klimaschutzbeauftragten keine Mehrkosten für den Haushalt entstehen würden, da diese neue Stelle durch Einsparungen im Bereich der Bewirtschaftungskosten mehr als finanziert werden kann.

Begründung:

Kommunen, wie beispielsweise die Städte Hannover, Freiburg oder München haben schon vor 10 Jahren solche Konzepte erarbeitet und entsprechende Programme aufgelegt. Wir sehen im Klimaschutz und in der CO₂ Reduzierung eine Querschnittsaufgabe. In einem zu erstellenden Konzept sind Maßnahmen aufzulisten, wie der Landkreis CO₂ Emissionen reduzieren kann.

Beispiele hierfür:

- Optimale Steuerung der Heizungen, Temperaturabsenkungen nachts , an Wochenenden und während der Ferienzeiten incl. der Kontrolle, ob diese Maßnahmen tatsächlich umgesetzt werden. Tägliches Ablesen der Energieverbräuche incl. Controlling seitens der Kreisverwaltung. Angesichts von fast 3 Mio Bewirtschaftungskosten würde sich eine Einsparung von nur 1 % bereits mit 30.000 € niederschlagen.
- Überprüfung der Stromverbräuche aller Einrichtungen und Optimierung. Als Beispiel sei hier nur das Einsparpotential durch PC, die nicht nur abgeschaltet, sondern auch vom Netz getrennt werden, genannt (siehe Bauausschuß vom 13.11.2007). Für den Landkreis ist das ein Potential von mehr als 30.000,- Euro.
- Prüfung aller Möglichkeiten zur alternativen Heiztechnik für Gebäude des Landkreises (Holzpellets, Erdwärme, BHKW etc.)
- Bei Neuanschaffung von Fahrzeugen die CO₂ Emissionen berücksichtigen und nicht das vermeintlich billigste Fahrzeug kaufen. Prüfung, ob der Landkreis zukünftig Gas- oder Hybridfahrzeuge einsetzt.
- Nutzung der Bahn für Dienstreisen. Hier wäre es z.B. denkbar für bestimmte Dienstreisen, bei denen kein überzogener Mehraufwand entsteht (z.B. Studieninstitut Oldenburg) die Kostenerstattung an die Nutzung der Bahn zu knüpfen.
- In Ausschreibungen (Müllabfuhr, Nahverkehr) den Einsatz umweltfreundlicher Fahrzeuge festschreiben.

Bislang wird ein Teil dieser Aufgaben im Bereich Gebäudemanagement wahrgenommen, aber nicht in dem Ausmaß und, wie die Beispiele zeigen dürften, nicht in der Querschnittsaufgabenstellung, die uns vorschwebt.

Der Klimaschutzbeauftragte könnte darüber hinaus Ansprechpartner für die kreisangehörigen Kommunen, Unternehmen und Privatpersonen sein und zur Vernetzung der Klimaschutzaktivitäten im Landkreis beitragen.